

Offizielle Sitzung des Bezirksausschusses

Montag, den 18. Juni 1928, vormittags 10 Uhr
im Sitzungssaal der Amtshauptmannschaft Großenhain.

Entschuldigt fehlte aus Verusgründen Herr Geschäftsführer Schäffler.

Der Bezirksausschuss nahm zunächst von Mitteilungen über a) Verteilung von Preisen an Gendarmerie, anlässlich des Gendarmerieschießens, b) Bandarleben zum Wiederanfang junger Wirtschaftseinheiten, c) vorläufige Verteilung der Kraftfahrzeugsteuer für das Rechnungsjahr 1928 und d) Beihilfe des Brandversicherungsförderer an die Gemeinde Bärwalde für die Anhäufung einer Feuerwache u. a. Kenntnis. Es wurde darauf in die Erledigung der umfangreichen Tagesordnung eingetreten.

Einen einstimmigen ablehnenden Beschluss fachte der Bezirksausschuss zum Gefuch des Stadtrates zu Niesa um Beihilfe zur Auseinandersetzung einer zweiten Dampfschiffahrt-Gesellschaft durch die Sachsen-Sächsische Dampfschiffahrt-A.-G. in Flur Provinz, weiter zum Gefuch des Stadtrates zu Riesa um Bewilligung eines Beitragssatzes für das Postamtshaus zu Riesa, dagegen, um konsequent zu sein, zum Gefuch der Gemeinde Nieska um Erlass des Gemeindebürgelels am Fürsorgeunterstützung und ferner, da der Durchgangsverkehr in Adelsdorf als klein zu bezeichnen sei, zur Beauftragung der Kleinpoststelle der Dorfstraße in Adelsdorf anstelle der genehmigten Beibehaltung. Über leichten Punkt wurde eine längere Ausprache geflossen, an der sich außer dem Herrn Amtshauptmann die Herren Baron von Rothen und Stadtrat Hertel beteiligten. Auch betraf die Beauftragung an der Herausgabe des Sonderhefts "Sachsen", der Zeitung für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik, wofür sich Herr Erster Bürgermeister Otto einsetzte, beschloß man auf Vorschlag des Herrn Amtshauptmanns, Abstand zu nehmen, da nach dessen Ausführung die hierzu erforderlichen Ausgaben für den Bezirk in seinem Verhältnis ständen. Schließlich erfuhr noch aus prinzipiellen Gründen das Gefuch der Gemeinde Mergendorf um Übernahme der selbstsicheren Bürgschaft für ein durch die Siedlung Pleiß und Schiefer bei der Landesversicherungsanstalt Sachsen in Dresden aufzunehmendes Darlehen bis zu je 3000 M. eine einstimmige Ablehnung.

Zum Gefuch des Samariter-Vereins Großenhain und Umgebung um Gewährung einer jährlichen Beihilfe bat der Herr Amtshauptmann, die Beschlussfassung auszulegen, um eine geregeltere Verteilung zu ermöglichen. Der Bezirksausschuss gab hierzu seine Zustimmung.

Einstimmige Genehmigung fand die Satzung für den Gebietsbezirk Niesa und die Gemeinden Harzberg, Mergendorf, Poitsch und Poppitz, die nach den Ausführungen des Berichterstatters, Herrn Regierungsrat Glaser, Bedenken dagegen nicht bestehen und alle erforderlichen Formalitäten erfüllt sind, desgleichen das Gesetz des Schmiedemeisters Max Baue in Schönfeld, Ortslisten-Nr. 10, um nachträgliche Genehmigung zur Aufstellung eines Kraftfeuerhammers in seinem Grundstück, da Einsprüche nicht gezeigt werden, weiter das Gefuch der Gemeinde Glaubitz um Übernahme der selbstsicheren Bürgschaft für ein von den Siebern bei der Sparsame Glaubitz aufzunehmendes Darlehen von je bis zu 2000 M., ferner die infolge eines Fluktuations der Konsequenzen wegen Ablehnung der Gemeinde Pöhlitz und Pähren. Es kommt für Praktik eine Bandabtrennung von 3 Ar in Frage, die der politischen Gemeinde Pähren angefallen wird. Beide Gemeinden hatten hierzu ihr Einverständnis erklärt. Desgleichen das Gefuch der Gemeinde Tiefenau um Einziehung des sogenannten Mühlberger Weiß als öffentlicher Weg und Umwandlung in einen Wirtschaftsweg, ferner das Gefuch um Gewährung einer Beihilfe zum Bau der Leitbrücke in Mierschütz. Auf Vorschlag des Herrn Amtshauptmann soll die Hälfte der bei der Abrechnung nachgewiesenen Unkosten aus Begebaumitteln bewilligt werden, wozu der Bezirksausschuss seine Zustimmung gab. Die Reichen und Schünen sollen aber auf eigene Kosten der Rittergutverwaltung hergestellt werden. Einstimmige Genehmigung fand auch das Gefuch des Stadtrates zu Radeburg um Gewährung einer Beihilfe an den Kosten der Rittergutverwaltung. Seitens des Referenten, Herrn Regierungsrat Dr. Roth, wurden 300 M. zu bewilligen vorgeschlagen und angenommen. Weiter das Gefuch der Gemeinde Glaubitz um eine Hypotheksausgabe, ferner die Satzung über die Ausstellungs-, Rechts- und Bekleidungsverhältnisse der Beamten, Beamtenanwärter und Dauerangestellten der Gemeindeverbandspoststelle Glaubitz, und schließlich das Gefuch der Gemeinde Rauschitz um Aufnahme eines Auslandsdarlehens bei der Stadtsparkasse Großenhain.

Bereits Berichterstattung der staatlichen Kraftwagenlinie Meissen-Niesa erläuterte Herr Regierungsrat Glaser ausführlichen Bericht. Für die Zeit vom 17. Dezember bis Ende Mai liegt ein Minus von 4800 M. vor. Trotzdem wolle man es noch ein Vierteljahr verlängern. Es würden von den beteiligten Bezirksverbänden Großenhain, Oschatz und Pöhlitz, der Stadt Niesa, sowie den Landgemeinden Pausitz, Wehltheuer und Dahnsdorfen über 975 M. aufzubringen sein. Gegen die drei Stimmen der Linken beschloß der Bezirksausschuss, den auf ihn entfallenden Betrag von 275 M. nochmals zu übernehmen.

Renovierung eines Verzeichnisses der unter § 22 Absatz 1 des Allgemeinen Haushaltsgesetzes fallenden Ortslisten bestreitet. Hierüber wurde seitens des Referenten ausführlich berichtet. Diese Maßnahme bedeutet eine weitgehende Ausnahmebefreiung kleinerer Gemeinden. Der Vorschlag des Herrn Amtshauptmanns, der Kreishauptmannschaft ein Verzeichnis vorzulegen, das nur die vier Gemeinden Große, Rauschitz, Röderau und Glaubitz enthält, fand einstimmige Annahme. Über die Besteuerung von Jungbier berichtete Herr Regierungsrat Hertel. Auch der Bezirksverbund Meissen sei der Aussicht, daß Jungbier nicht unter dem Begriff der Biersteuer falle. Von Seiten der Gastwirte sei die Besteuerung empfohlen worden. Der Apparat, der sich aber dadurch nötig mache, werde teurer sein als die erzielte Einnahme. Auf Vorschlag des Herrn Baron von Rothen erklärte sich der Bezirksausschuss einstimmig dafür, daß Jungbier ohne Besteuerung zu belassen.

Zusammenfassung der Verwaltungsbauten der Arbeitslosenfürsorge. Nach dem Bericht des Herrn Regierungsrat Graf von Wedel gehören jetzt außer Arbeitnehmern und -gebäuden auch Vertreter der öffentlichen Körperschaften in die Verwaltungsbauten. Er schloß für das Niesaer Arbeitsamt die Herren Amtshauptmann Hellisch und Ersten Bürgermeister Otto, und als Stellvertreter die Herren Regierungsrat Glaser und Stadtrat Augustin vor; für das Dresdner Arbeitsamt, wozu Radeburg gehört, den Herrn Bürgermeister Hartwig und als Stellvertreter Herrn Oberstabsrat Raab. Einstimmig erklärte sich damit der Bezirksausschuss einverstanden.

Beidrucke gegen die Vergabe der Neubauwohnungen im Gemeindebau Rauschitz h. G. durch die Gemeinde verordneten. Da die Zuteilung seitens der Gemeinde mit großer Mehrheit erfolgt sei und sie sich im Rahmen der geistlichen Bestimmungen halte, so beschloß der Bezirksausschuss als Beihilfbehörde einstimmig, dem nichts entgegenzusetzen zu können.

Der Mittelpunktsbeitrag für 1928 für den Verein Landesauswahl für Stadtkinder, e. V. Berlin, in der bisherigen Höhe zu belassen, fand die einstimmige Zustimmung des Bezirksausschusses, ebenso die Wissensschein des Altersrates St.

von dem auf Blatt 12 des Grundbuchs für Adelsdorf eingetragenen Grundstücke, Besitzer Gutsbesitzer Alfred Paul Gschier, beigleichen auch die Abtrennung des Trennküdes 115c von dem auf Blatt 86 des Grundbuchs für Röderau eingetragenen Grundstücke, Besitzer Frau Auguste Gertrud Lippold geb. Henckel.

Zu den Änderungen in den Beihilfescheiden und Tarifbedingungen bei Gewährung von Mitteln aus der Aufwertungshilfe beschloß man, nachdem die Herren Dr. Trott, Amtshauptmann Hellisch und Regierungsrat Hertel hierzu gesprochen hatten, einstimmig, es bei dem bisherigen Wortlaut zu belassen und nur den Prozentsatz von 10 auf 5 Prozent abzuändern.

Eine längere Ausprache hatte der Punkt Richtlinien über die Bewilligung des für Wohnungsbau vorgesehenen Beihilfemittel zur Folge. Es befassten sich an der Debatte die Herren Dr. Trott, Abg. Mende, Erster Bürgermeister Otto, Gutsbesitzer Preysche, Stadtrat Heinze und Bürgermeister Grabmayer. Sie führte zu dem einstimmigen Ergebnis, daß als Sicherstellung der Hypotheken der Brandkostenbetrag plus jeweiligem Bewertungswert innerhalb 80 Prozent der festgesetzten Summe als Norm gelten soll.

Betreffend Abrechnung mit dem Wohlfahrtsamt der Stadt Großenhain ist zwischen der Amtshauptmannschaft und der Stadt Großenhain eine Meinungsverschiedenheit auftreten. Es ist eine prinzipielle Frage der Zukunftigkeit, wodurch auf Vorschlag des Herrn Dr. Trott die Entscheidung der Oberverwaltungsbühne herbeigeführt werden soll. Einstimmig erklärte sich der Bezirksausschuss damit einverstanden.

Wahl eines zuständigen Beisitzers für das Schiedsgericht für Gemeindebeamtenfehlstellen. Hierzu wurde von Herrn Dr. Trott Herr Geschäftsführer Schäffler ausgesetzt und dieser gegen die drei Stimmen der Linken gewählt, deren Vorschlag Herr Weinhold galt.

Nachträgliches Einverständnis bezw. Zustimmung wurde ferner zum Verkauf von Gemeindewald in Niesa erteilt, der schon vor 8 Jahren erfolgt war, ohne daß die Gemeinde aus Unkenntnis die erforderliche Genehmigung der Amtshauptmannschaft eingeholt hatte.

Zur Neufestlegung der Begeabnahmehilfe für die Stadt Großenhain erklärte der Bezirksausschuss sein einstimmiges Einverständnis.

Über die Landabgabe zum Ausbau der Straße Großenhain-Niesa berichtete der Herr Amtshauptmann ausführlich. Mit den Gemeinden Wildenhain und Röda hätten Versprechungen stattgefunden, die aber zu keinem positiven Ergebnis geführt hätten. Nach einer längeren Ausprache, an der sich die Herren Amtshauptmann Hellisch, Baron von Götzow, Regierungsrat Graf v. Wedel und Gutsbesitzer Teichert beteiligten, beschloß der Bezirksausschuss einstimmig, daß Wildenhain seine eingegangenen Verpflichtungen reißlos erfüllen muß und von Röda außer der Landabgabe noch eine Bausumme, deren Höhe festzustellen der Amtshauptmannschaft überlassen bleibt, gefordert werden soll. Ungeachtet der fristigen Punkte soll aber der Strahndau nicht aufgehoben werden.

An alle Landkreise ist, wie der Herr Amtshauptmann als Berichterstatter ausführte, das Trüben um einen Beitrag zur Deutschen Luftschule gerichtet worden. Er schlägt der Konsequenzen wegen Ablehnung vor. Nachdem die Herren Baron v. Rothen und Stadtrat Heinze das für und Wider erwogen hatten, stimmte der Bezirksausschuss dem Antrag Rothen, 50 Mark für diesen Zweck zu bewilligen, gegen die drei Stimmen der Linken zu.

Über die Neufestlegung der Gebühren für Präßen der Bierdruckapparate referierte Herr Regierungsrat Glaser. Die noch bestehenden Sätze seien im Mai 1924 festgelegt worden, so daß eine Revision am Platze sei. Der Bezirksausschuss stimmte dem Vorschlag der Amtshauptmannschaft einstimmig zu, die Gebühren künftig in folgender Höhe zu erheben, die von der Gemeindelasse zu tragen sind: 1.75 M. für jede Abnahme und jede Revision an Pneumatikapparaten mit einem bis zwei Leitungen und einen Handdruckapparat (statt bisher 1 Goldmark), für jede weitere Leitung und jeden weiteren Apparat 50 Pf. mehr, sowie für jede Nachrevision die gleiche Gebühr.

Weiterbericht der staatlichen Kraftwagenlinie Großenhain-Madeburg. Hierzu führte Herr Regierungsrat Glaser als Berichterstatter aus, daß mit der Kraftverkehrsgesellschaft über die weiteren Bestimmungen beraten worden sei, da der frühere Vertrag abgelaufen ist. Das Ergebnis dieser Linie sei ein Minus von 3000 Mark, diese Linie sei aber unbedingt nötig, was die Auszeichnungen ergeben hätten. Bis jetzt hätten zu den Unkosten beigebrachten der Bezirk 900 Mark, die Stadt Großenhain 300 Mark, die Stadt Madeburg 100 M. und die Landgemeinden 400 Mark, zusammen 1400 Mark. Die Kraftverkehrsgesellschaft wolle es entgegennimmt Weise auch für ein weiteres halbes Jahr bei dieser Summe bewenden lassen, obwohl das Minus ein größeres geworden sei. Durch die Schaffung von Rückfahrtkarten ab 1. Juli soll ein gewisser Ausgleich gefunden werden. Er schlage vor, wiederum die auf den Bezirk entfallenden 900 Mark zu bewilligen. Der Herr Amtshauptmann traut sehr warm dafür ein, da die Kraftverkehrsgesellschaft ihr weitgehendstes Entgegenkommen gezeigt habe und bestrebt sei, die Linie immer mehr zu erweitern und damit Großenhain an die größeren Verkehrsplätze angeschlossen würde. Die vereinigten Bürgermeister hätten sich einstimmig dafür eingestellt, nur mit der Stadt Großenhain bereite es noch Schwierigkeiten. Herr Erster Bürgermeister Otto gab hierauf seiner Freunde darüber Ausdruck, daß auch die Gemeinde Raudorf ihren Standpunkt ungetilgt habe und er möge sein Wahlkreis versuchen. Herr Stadtrat Heinze brachte den Verprüfungen der maßgebenden Stellen etwas Misstrauen entgegen und vertrat den Standpunkt, man solle die Kraftverkehrsgesellschaft zwingen, auch die weniger rentablen Stellen ohne Bezirksausschüsse fahren zu lassen. Nachdem der Herr Amtshauptmann seinen Standpunkt hierzu geklärt, beschloß der Bezirksausschuss gegen die drei Stimmen der Linken den vorgeschlagenen Beitrag von 900 Mark aus Bezirksmitteln wiederum zu bewilligen.

Landwirtschaftliche Fachvermittler bei den Arbeitsbeschaffungsstellen. Wie Herr Regierungsrat Graf v. Wedel als Berichterstatter ausführte, habe das Landwirtschaftsamt nach Niesa eine Ausbildungskraft beordert, die aber vorher auf acht Tage nach Bautzen zur Ausbildung entsandt wurde. Dieser Ausbildungsmann solle in der Besoldungsgruppe VI geführt werden, während die bisherigen Beamten nur den Gruppen III und IV angehören. Diese Maßnahme habe natürlich eine große Erregung hervorgerufen. In Niesa sei aber eine Vermehrung der Personalkosten nicht möglich, da schon jetzt infolge ungenügender Räumlichkeiten in zwei Sälen gearbeitet werden müsse. Das Arbeitsamt Niesa lage auch, es braucht niemand, sie sollten aber diese Ausbildungskraft nehmen. Herr Baron v. Rothen bemerkte hierzu, daß man gegebenenfalls einen fertigen Landbau nehmen solle, es gäbe genug hierauf entgegnete Herr Graf v. Wedel, daß schon beim Riesaer Personal ein geeigneter Landwirt vorhanden sei. Herr Dr. Trott schlug schließlich vor, gegen die Einstellung dieser Hilfskraft Protest zu erheben und zu verlangen, daß, wenn eine landwirtschaftliche Hilfskraft nötig sei, dann ein wirklicher Fachmann eingesetzt werde. Einstimmig beschloß der Bezirksausschuss demgemäß.

Es wurde noch über 11 Punkte in nichtöffentlicher Sitzung Beschlüsse gefasst.

Sommersonnenende.

21. Juni.

Leider schwanden alte Sitten und Gebräuche von Jahr zu Jahr immer mehr. Viele merkwürdiger Söhigkeit aber hält das deutsche Volk an den Bräuchen fest, die sich in den verschiedenen Jahreszeiten an die Sonne knüpfen, oder hat sie in den letzten Jahrzehnten neu belebt. Das sind die Heuer, die auf den Höhen angebrückt werden. Vielleicht erklärt sich das daraus, daß das Heuer noch althergebrachtes Glauben reinigende und Dämonen abwehrende Kraft hat. Wo die Sonne steht, wohnen Freude und Glück. Von Leuten haben das Heuer und die Sonne auf die Menschen einen eigenartigen Zauber ausgeübt, besonders auch auf unsere heidnischen Vorhaben.

So können wir die Heuer als Abwehrmittel zu den verschiedensten Zeiten und bei den verschiedenen Gelegenheiten beobachten. Aber nie spielen sie eine so hervorragende Rolle in der Volkskultur wie aus der Zeit der Sommersonnenwende, zu der wir die Rot-Flagge, aber Johannifeuer, die auf allen germanischen Vätern finden. Bei den heidnischen Sachsen wurde das Sonnenwendfeuer noch mit Feuern auf den Höhen gefeiert, als es in dem Mutterland viel vorher vergessen war. Althergebracht besteht der Brauch noch überall in den Nordländern.

Am 21. Juni erreicht die Sonne auf ihrer ewigen Bahn ihren höchsten Stand am Himmel; nach der Volksausfahrt allerdings erst am Johannistag (24. Juni), und mit haben dann die Zeit der kurzen Nächte und langen Tage. Raum verläuft um Mitternacht die Sonne unter dem Horizont, und selbst dann deckt nicht völlig Dunkelheit die Erde, bald macht sich wieder der goldenstrahlige Tag, wie Homer sagt, um östlichen Himmel bemerkbar. In der Nacht der Sommersonnenwende kann man heute in vielen deutschen Gauen auf den Höhen wieder Holzhäuser aussammeln sehen, fröhliche Menschen tanzen in einer Reihe unter Hügeln alter Niederungen.

Einfache, nichtblagende Spielereien sind diese Feiern nicht. Der Deutsche hat einen viel zu praktischen Sinn, als daß er solche unter sich hätte aufkommen lassen. Es mag sein, daß es sich hierbei ursprünglich um althergebrachte Überlieferungen gehandelt hat, aber die Menschheit, die heute die Sonnenwendfeuer anzündet, ist nicht mehr heidnisch. Wenn man sich unter dem Jubelkreis: "Komm' empor, um daß Heuer steht, so will man mit diesem nächtlichen geisthaften Treiben zweckmäßig zum Ausdruck bringen: einmal Dank dem göttlichen allväterlichen Walten des großen Tagessternes, und dann sind es andere Gedanken, die der Peter zugrunde liegen, der deutsche Gedanke, der Gedanke des Vaterverherrlichung und ähnliche. Wie es der Dichter zum Ausdruck gebracht hat, wenn er singt: "Auf Bergen wohnt die Freiheit! Da blüht Leben und Lebenslust voll auf! Wo Berge sind, ist Gott, und Engel heben die Seelen hinauf!"

Die Jagung der Zigarettenladen-Inhaber.

* Dresden. Von allgemeinem Interesse waren noch die Ausführungen, die Knopfklappe über Tabakneker und Zigarettenpreise im allgemeinen und über die Erhöhung des Zigarettenpreises infolge der 10prozentigen Zoll erhöhung in der Zigarettenfabrikation ab 1. März 1928 im besonderen machte. Diese Mehrkosten in der Herstellung tragen der Fabrikant nicht, er wählt sie vielmehr auf den Raucher ab. Der Referent möchte den Vorschlag, genannt die Zwischenpreisklausen einzuführen, durch die der Raucher Geld sparen könnte. Ein wirtschaftliches Problem von größter Bedeutung sei die Forderung der Raucher nach hellen und grauen Farben bei den Zigaretten; die Bevorzugung der hellen Farben mache den Genuss des Zigarettenrauchens teurer, als es notwendig ist. In jeder Tabakfabrik gäbe es nur einen defektkranken Teil grauer Decktabake; da aber die Nachfrage nach diesen hellen Tabaken so groß sei, würden auch die Preise dafür mehrfach so hoch gezeigt werden, wie für die braunen und roten Tabake von absolut gleicher Qualität. Wenn die Raucher nicht mehr so unbegrenzt hellen Farben verlangten, sondern sich auch mit dunkleren aufziehen gäben, würden sie ebenso gute und ebenso kostbare Zigaretten rauschen können und außerdem billiger, als wenn sie weiter der Farbenfuge frönen. Zum Schlus machte der Redner noch Angaben über die Menge der Verdeckleistung, im Herbst dieses Jahres zunächst einmal verschwommen im Norden Deutschlands eine ausgedehnte Werbung für das Rauchen von Zigaretten zu veranstalten, die dann später auf das ganze Reich ausgedehnt werden soll.

Eine Reihe von Anträgen wurde dem Vorstand als Material überreicht. Mit ganz besonderer Scharfe wandte sich die Versammlung gegen das Zugabwesen und verlangte ein im Rahmen der Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs zu schaffendes entsprechendes Gesetz.

Saarfänger in Heidelberg.

Die am 30. Juni in Heidelberg stattfindende 8. Tagung des Saarvereins wird unter dem Motto stehen: "Vaterland, Saarland und Schrift". Zur Ausprache über die politische und wirtschaftliche Lage des Saargebietes haben bereits prominente Saarner Referenten ausgesagt. Mit der Tagung wird eine Bedeutung der Heidelberger Schloss verbunden sein. Eine besondere Bedeutung hat aber die Heidelberger Tagung durch die Teilnahme von 1200 Saarfängern des Saarfängerbundes erhalten. Gleich am Samstagabend werden die Saarfänger durch Verhaftung eines Reaktionärs und Niederlassung bei feierlichem Aufmarsch geben. Die erste Gruppe findet unter Chormester Gust. Schimpff, Saarbrücken. Dieser Niederlassung wird durch höchstes künstlerisches Arienwohl durch die teilnehmenden Vereine (MGW, Wagner, Sängerbund, Dillinger, Concordia, Borsig, Niedersaarfänger, Saarbrücker, Saarbrücker Männerchor, Saarbrücker und St. Johanner Sängerbund), als auch durch das erlebte Programm ausgestaltet. Wir nennen nur: "Saarzonne", von Schmitt, "Das oft im Kreise der Lieben", Spohr, "Wie ein solcher Adler", Wendelsbach, "Weinisch", und "Dem Gott will rechte Gunst erweisen", Streiglers "Weihfest", Marsterns "Lied hört du das möchtige Klingen", das "Deutsche Volksgesetz", von Jancke, und als gewaltigen Abschluß "Wohlgegen" "Vaterland". Bei der Sonnabendfeier am Nachmittag im Schlosshof werden unter dem Bundeschormeister sämtilde Saarländer zu einem gewaltigen Festmarsch zusammengezahlt sein. Es ist mit Sicherheit vorbereitet. Es ist nicht nur aus Heidelberg und dem gesamten Saarland, sondern auch aus dem Saargebiet zu erwarten, zumal die Verkehrschwierigkeiten durch Einlegen von Großzügen bedrohen werden.

Gedenktag eines Befreiungsdenkmales.

Ob. Berlin. In Nellen bei Celle wurde das erste Befreiungsdenkmal enthüllt. Das Denkmal liegt auf der Krone eines hohen Damms am alten Ufer an der Landstraße Celle-Gümmerich. Es ist von dem Bildhauer Breuer in Düsseldorf geschaffen worden. Auf dem Denkmal sind die Namen einer Frau und eines Mannes verzeichnet, die von Befreiungangehörigen erschossen wurden.